



Franciscans International
A voice at the United Nations

Franciscans International



Jahresbericht 2012



Unsere Vision

Eine globale Gemeinschaft, in der die Würde eines jeden Menschen respektiert, die Ressourcen fair verteilt und die Umwelt dauerhaft erhalten werden und die Nationen und Völker friedlich miteinander leben.

Unsere Mission

Wir sind die Franziskanische Stimme bei der UN, um die Schutzbedürftigen, die Vergessenen und die geschundene Erde zu schützen.



»Alle Menschen sind frei und gleich an Würde und Rechten geboren. Sie sind mit Vernunft und Gewissen begabt und sollen einander im Geiste der Brüderlichkeit begegnen.«

Allgemeine Erklärung der Menschenrechte, Artikel 1

Franciscans International Jahresbericht 2012

Einführung	4
Vorwort des Vorsitzenden	4
Über Franciscans International	5
Franciscans International: »Advocacy«-Strategien	6
»Advocacy«: langfristige Lösungen im Umgang mit Ungerechtigkeit	6
Liste von Ländern, in denen FI im Jahre 2012 tätig war	7
Regionalstrategien	8
Afrika	8
Amerika	11
Asien und Pazifik	13
Europa	15
Thematische Schwerpunkte	16
Umweltgerechtigkeit	16
Moderne Formen der Sklaverei (CFS)	19
Finanzen	20
Mitarbeiterstab	22
Akronyme und Abkürzungen	23
Danksagung an alle SpenderInnen	24

Vorwort des Vorsitzenden

Die Confederation Bridge («Bundes-Brücke») verbindet die kanadischen Provinzen Prince Edward Island und New Brunswick miteinander und macht das Reisen durch Ostkanada einfacher und bequemer. Die in einer Kurve von 12,9 km angelegte Brücke ist die längste der Welt, die eisbedecktes Wasser überquert. Sie gilt als eines der Meisterwerke kanadischer Bautechnik im 20. Jahrhundert und erleichtert den Transfer von Menschen, Gütern und Informationen zwischen den beiden Provinzen. Wie diese materielle Brücke fungiert Franciscans International als Bindeglied, das den Transfer von Menschen, Gütern und Informationen erleichtert, nämlich zwischen Franziskanern, die in verschiedenen Teilen der Welt an der Basis arbeiten, auf der einen Seite und den verschiedenen Institutionen der Vereinten Nationen (UN) auf der anderen. Wie diese materielle Brücke vereinfacht Franciscans International die Verständigung über Herausforderungen und Ideen zwischen schutzbedürftigen Menschen einerseits und den Führern der Welt bei den UN andererseits; all dies stets im Bemühen, eine weltweite Gemeinschaft auf Basis franziskanischer Werte aufzubauen.



Die Confederation Bridge,
Kanada

Im Jahre 2012 setzte Franciscans International ihre außergewöhnliche Arbeit mit franziskanischen Brüdern und Schwestern fort, die darin bestand, eine friedlichere Welt zu errichten, für unsere fragile Umwelt Sorge zu tragen und Menschenrechtsverletzungen anzunehmen. Um diese Arbeit zu unterstützen, wurden FranziskanerInnen in verschiedenen Teilen der Welt darin geschult, wie internationale Systeme genutzt werden können, um für ihre Basisarbeit hilfreich zu sein. Besonderes Augenmerk wurde dabei

auf folgende Themen gelegt: »Abschaffung des Menschenhandels« (inklusive der Entführung von Babies und Kleinkindern zu Adoptionszwecken), »Umweltgerechtigkeit«, »extreme Armut« sowie »die wirtschaftliche und sexuelle Ausbeutung von Menschen«. In diesem Zusammenhang lagen besondere Schwerpunkte der Arbeit auf Frauen und Kindern, Senioren, Menschen mit Behinderungen, Vertriebenen und indigenen Völkern. Bedauerlicherweise werden in der heutigen Welt Menschen immer noch zu häufig ihrer Rechte auf Nahrung und Wasser, auf Land und nachhaltige Landwirtschaft, auf Bildung und Gesundheit sowie auf Frieden und Sicherheit beraubt. Ganz offenkundig sorgen FranziskanerInnen auf der ganzen Welt mit der Unterstützung von Franciscans International für echte Veränderungen, indem sie diese wichtigen und schwierigen Angelegenheiten, mit denen die globale Gemeinschaft konfrontiert ist, thematisieren.

Neben dieser herausragenden Arbeit musste Franciscans International auch signifikante strukturelle Veränderungen im Jahre 2012 vornehmen, u.a. eine Anpassung der Organisationsgröße, um sicherzustellen, dass FI zur Erreichung ihrer Vision und Mission bei den UN effektiv und effizient bleibt. Es galt zu gewährleisten, dass Franciscans International weiterhin ihre wichtigen Aufgaben, Ungerechtigkeiten zum Thema zu erheben und den schutzbedürftigsten Menschen eine Stimme zu geben, ausführen kann: Daher wurde Franciscans International restrukturiert, um ihre Ressourcen stärker auf die Programmaktivitäten zu konzentrieren, um administrative Gemeinkosten zu minimieren und um dafür zu sorgen, dass die Organisation finanziell zukunftsfähig wird. Mit einem tiefen Gefühl der Verbundenheit möchte ich der ehemaligen geschäftsführenden Direktorin Sr. Denise Boyle sowie allen, die Franciscans International verlassen haben, für ihren außergewöhnlichen Beitrag, den sie durch ihre Unterstützung der Anliegen der Franziskanischen Familie bei den UN geleistet haben, meinen herzlichen Dank ausdrücken.

Im Namen des Vorstands von Franciscans International möchte ich außerdem allen herzlichen danken, die einen Beitrag für unsere Sache geleistet haben: der Franziskanischen Familie selbst; dem aktuellen Mitarbeiterstab von Franciscans International; den großzügigen Spendern und Hilfswerken; unseren Partnern Edmund Rice International (ERI) und der Stiftung der Maristen für Internationale Solidarität (FMSI); ebenso auch den KollegInnen in anderen Nichtregierungsorganisationen (NGO) und bei den UN. Gemeinsam sorgen wir für wirkliche Veränderungen zugunsten schutzbedürftiger Menschen und unseres Planeten.

Herzlichst

Doug Clorey, OFS (Ordo Franciscanus Saecularis – Franziskanische Gemeinschaft)
Vorstandsvorsitzender Franciscans International





*Fr. Leonard Tarai OFM
Papua Neuguinea*

Über Franciscans International

Franciscans International (FI) ist eine internationale Nichtregierungsorganisation (NGO), die für die Förderung, den Schutz und die Beachtung von Menschen- und Umweltrechten eintritt. Seit ihrer Gründung im Jahre 1989 nutzt FI »Advocacy« (etwa: anwaltschaftliche Fürsprache; ausführliche Erläuterung auf S.6) als ein Instrument, um Verletzungen gegen die Menschenrechte zu bekämpfen und einzudämmen. FI ist von franziskanischen Werten inspiriert, die auf die Vision einer weltweiten Gemeinschaft hin abzielt, in der die Würde eines jeden Menschen respektiert, die Ressourcen fair verteilt und die Umwelt dauerhaft erhalten werden und die Nationen und Völker friedlich miteinander leben. Im Jahre 1995 erhielt FI vom Wirtschafts- und Sozialrat (ECOSOC) der UN den »Allgemeinen Beraterstatus«, der es FI seitdem erlaubt, Menschenrechts- und Umweltfragen direkt bei den UN anzubringen.

Die Franziskanische Familie setzt sich zusammen aus etwa 750.000 Franziskanerinnen und Franziskanern, die die Grundsätze des Heiligen Franz von Assisi in die Tat umsetzen. Neben 300.000 Ordensleuten (Brüdern und Schwestern) gibt es 450.000 Laienmitglieder, die sich Gerechtigkeit und Frieden verpflichtet haben.

FI kann auf ein umfangreiches Netzwerk von franziskanischen Schwestern und Brüdern bauen, die sich weltweit in ungefähr 160 Ländern für die schutzbedürftigsten Menschen einsetzen. Indem die FranziskanerInnen an der Basis arbeiten, können sie FI auf Menschenrechts- und Umweltprobleme aufmerksam machen. FI wiederum thematisiert derartige Anliegen bei den UN und anderen internationalen und regionalen Foren. Zudem unterstützt FI die Mitglieder der Franziskanischen Familie und andere Partner vor Ort (sowohl Ordensleute als auch Laien), indem sie Kompetenzen aufbaut, Sensibilisierung fördert und Kampagnen auf nationaler und internationaler Ebene betreibt.

Langfristige Lösungen im Umgang mit Ungerechtigkeit

»Advocacy« ist eines der stärksten Hilfsmittel, um nachhaltige Lösungen und echten Wandel sicherzustellen. Bei »Advocacy« handelt es sich um einen Prozess, der Menschen – auch die randständigsten – dazu befähigt, an Entscheidungen teilzuhaben, die ihr eigenes Leben oder dasjenige anderer betreffen, und langfristige Lösungen für ihre Probleme zu finden. Immer wenn signifikante politische Veränderungen notwendig werden, muss »Advocacy« dafür sorgen, dass die entscheidenden Führungspersönlichkeiten derart beeinflusst werden, dass sie Entscheidungen treffen, die das Leben von Millionen von Menschen durch strukturellen Wandel langfristig verbessern.

Um derartige Veränderungen zu erreichen und um deren Wirkungen zu verstärken, geht FI die Grundursachen von Ungerechtigkeit und Menschenrechtsverletzung mit facettenreichen »Advocacy«-

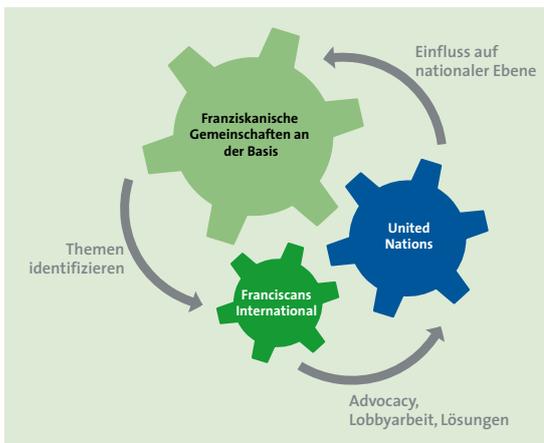
strategien an. Dahingehend bringt FI die von den UN installierten Mechanismen zu Menschenrechtsthemen in Gang, beteiligt sich an internationalen Verhandlungen, berichtet über Menschenrechtsverletzungen, sensibilisiert Entscheider und baut die Kompetenz sowohl von FranziskanerInnen als auch von Partnern auf, die mit der schutzbedürftigsten Bevölkerungs-

zusammenarbeiten. Durch die enge Zusammenarbeit von FranziskanerInnen, die an der Basis arbeiten, mit den drei Regionalbüros stellt FI sicher, dass ihre Aktivitäten Auswirkungen auf nationaler, regionaler und internationaler Ebene haben.

Die »Advocacy«-Strategie ruht auf zwei Hauptsäulen: Einerseits auf den Berichten von Seiten der FranziskanerInnen, die die Basisarbeit verrichten, und andererseits auf den Richtlinien, Standards und Mechanismen zu Menschenrechtsfragen von Seiten der UN. FI operiert dabei als Bindeglied zwischen diesen beiden Seiten. Verwirklicht wird diese Strategie unter besonderer Berücksichtigung aller Rechtsgrundlagen, um die Grundursachen von Ungerechtigkeiten anzugehen und um nachhaltige Lösungen im Hinblick auf Menschenrechtsverletzungen zu finden. Das Hauptziel von FI besteht darin, die Entscheidungsfindung auf internationaler Ebene zu beeinflussen. Diese umfasst Verhandlungen mit den UN, mit Diplomaten und mit der internationalen Gemeinschaft insgesamt, um die Sensibilisierung für und Thematisierung von bedenklichen Menschenrechtsproblemen unter politischen Führungspersönlichkeiten voranzutreiben.

FI wendet eine integrierte »Advocacy«-Strategie in allen drei Niederlassungen, nämlich Bangkok, Genf und New York, an. Diese Strategie ist hauptsächlich durch das »Universelle Periodische Überprüfungsverfahren« (UPR) getrieben. Diese Wahl erfolgte aufgrund des allgemeinen und innovativen Charakters dieses Mechanismus, der auf nationaler Ebene Impulse zur Bewältigung von Menschenrechtsproblemen erzeugt. Das UPR legitimiert auch zivilgesellschaftliches Engagement mit Regierungen und schafft Raum für Verhandlung und Beteiligung im nationalen Entscheidungsfindungsprozess. FIs UPR-getriebener Ansatz schließt auch die Kooperation mit anderen Gremien und Menschenrechtsmechanismen der UN nicht aus.

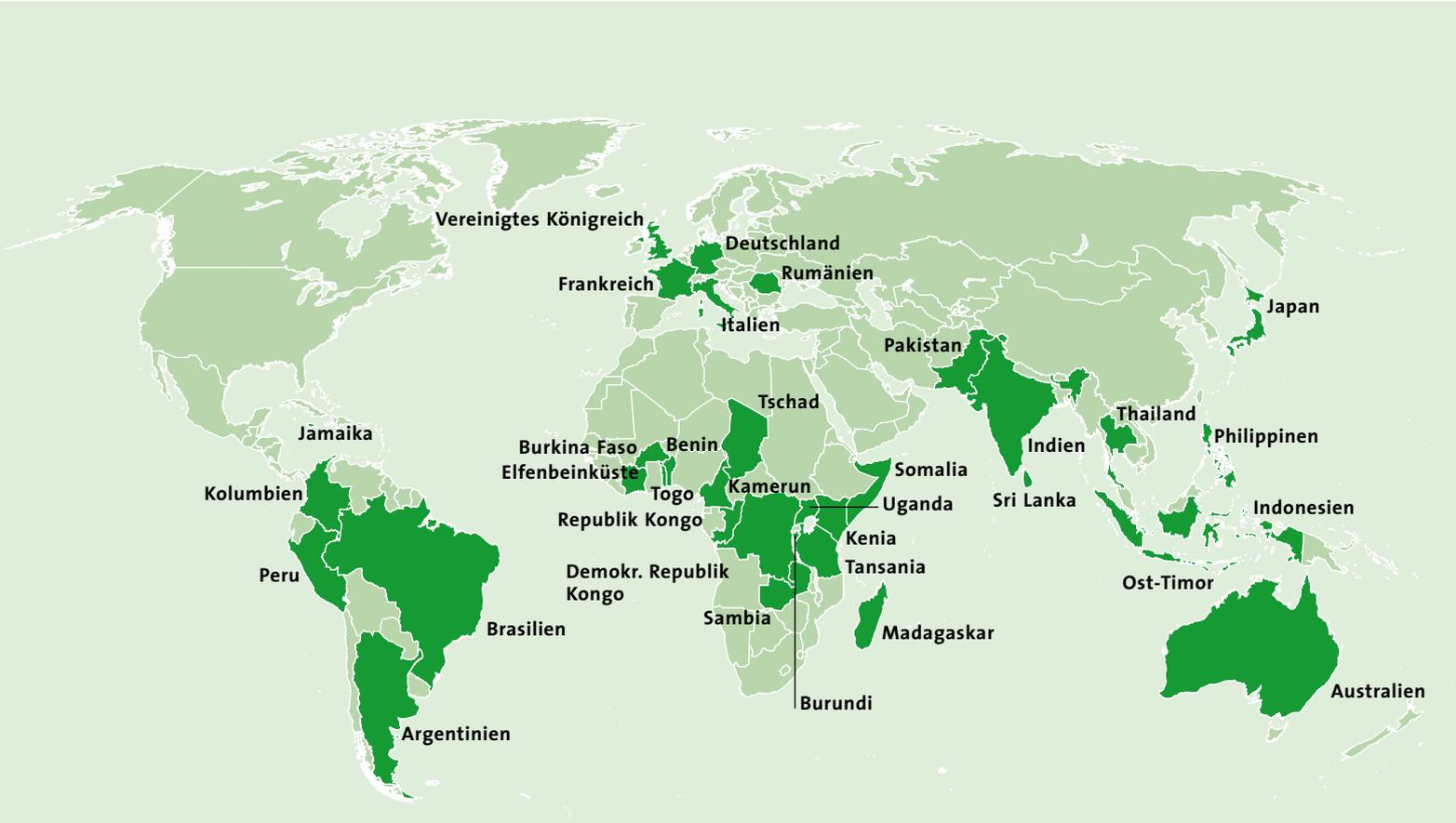
Den Ergebnissen des UPR – dabei kann es sich beispielsweise um Empfehlungen gegenüber einem Staat handeln, der gerade bewertet wird – sollen natürlich auch Konsequenzen folgen. Um dies zu gewährleisten, nutzt FI eine große Anzahl von UN-Gremien in Genf und New York, damit sich FI stärker für die wichtigsten Empfehlungen einsetzen kann, die zuvor auch von einem durch den UPR-Prozess geprüften Staat akzeptiert worden sind. Auf diese Weise festigt FI die Bindung an internationale Menschenrechte und erleichtert konkrete Veränderungen in der Gesetzgebung.



FI hat im Rahmen des UPR-Prozesses eine Folgestrategie entwickelt, die auf nationaler Ebene in enger Zusammenarbeit mit FranziskanerInnen umgesetzt wird. Dieses nationale Folgeprogramm zielt darauf ab, UN-Empfehlungen zu priorisieren, praktikable Lösungen auszuarbeiten (indem UPR-Empfehlungen in innerstaatliche Maßnahmen überführt werden) und Aktionspläne gemeinsam mit einheimischen FranziskanerInnen sorgfältig zu entwickeln.

Unterstützt von FI werden FranziskanerInnen, die auf nationaler Ebene arbeiten, in die Aufgabe einbezogen, die Umsetzung der wichtigsten UPR-Empfehlungen durch ihre Regierung zu beobachten und zu fördern. FI bemüht sich derzeit, neue Akteure zu gewinnen, die die UPR-Empfehlungen umfassend etablieren können und dabei getreu der Rio+20-Konferenz eine besondere Betonung auf eine nachhaltige Entwicklung legen. Dazu gehört, dass das Thema »Menschenrechte« auf der Agenda internationaler Entwicklung (nach 2015) vorangetrieben und dass die Problematik der Umweltgerechtigkeit in den Rahmen der UPR oder anderer Menschenrechtsmechanismen integriert wird.

Liste von Ländern, in denen FI im Jahre 2012 tätig war



Afrika

In Zusammenarbeit mit FranziskanerInnen und Partnern in Afrika arbeitete FI in 2012 an verschiedenen wiederkehrenden und Länder übergreifenden Projekten, u.a. an der Abschaffung des Menschenhandels, extremer Armut sowie der wirtschaftlichen und sexuellen Ausbeutung von Kindern. Unserer Mission folgend, die Schutzbedürftigsten zu schützen, hatte FI einen starken Fokus auf Praktiken, die zum Schaden von Kindern begangen werden, u.a. dem Thema der sogenannten »Hexenkinder«.

Fokus: Benin

Auf Anfrage der FranziskanerInnen, die an der Basis arbeiten, lenkte FI die Aufmerksamkeit der internationalen Gemeinschaft auf das Thema der rituellen Kindstötung von sogenannten »Hexenkinder«. Hierzu reichte FI UPR-Berichte ein, legte dem Komitee für Wirtschaftliche, Soziale und Kulturelle Rechte (CESCR) einen alternativen Bericht vor, trug der Menschenrechtskommission (HRC) schriftliche und mündliche Stellungnahmen zu, richtete eine Nebenveranstaltung zum Thema gefährdender traditioneller Praktiken bei den UN aus und betrieb aktives Lobbying. Als Folge davon befürworteten etliche UPR-Mitgliedsstaaten sowie Experten der CESCR die Empfehlungen von FI und riefen die Regierung energisch dazu auf, konkrete Maßnahmen zu ergreifen, um diese Praktik an der Wurzel zu bekämpfen. In Zusammenarbeit mit FranziskanerInnen vor Ort organisierte FI eine Sensibilisierungskampagne in Benin, an der diverse InteressenvertreterInnen, darunter auch VertreterInnen der Regierung (der Ombudsmann sowie RepräsentantInnen des Justizministeriums), der EU und von UNICEF teilnahmen. In ihrem Bericht für das zweite UPR (Oktober 2012) führte die Regierung Benins diese Arbeit als ein gutes Beispiel für die Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft an. Als unmittelbares Folgeprojekt organisieren die FranziskanerInnen in Benin gemeinsam mit FI eine Sensibilisierungskampagne in betroffenen Landesteilen, die darauf abzielt, die Praktik der rituellen Kindstötung in der nationalen Gesetzgebung als Straftatbestand einzuführen.

Beteiligung an den UPR für Benin, Burkina Faso, Burundi und Kamerun

In Koordination mit den FranziskanerInnen und Partnern vor Ort reichte FI UPR-Berichte zur Menschenrechtssituation in Benin, Burkina Faso, Burundi und Kamerun ein. Die Berichte beinhalteten konkrete politische Empfehlungen zum Thema extremer Armut und ihrer Auswirkung auf wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte von schutzbedürftigen Gruppen, insbesondere von Kindern. Der Bericht zu Burundi befasst sich mit der Festigung von Frieden und Sicherheit, Landrechten und dem Recht auf Bildung. Derjenige zu Burkina Faso konzentrierte sich auf das Recht auf Wasser und Sanitärversorgung. Der Bericht zu Kamerun wirft ein Schlaglicht auf Probleme im Zusammenhang mit der wirtschaftlichen und sexuellen Ausbeutung von Kindern (Kinderhandel, Kinderarbeit, Straßenkinder und Zwangsehe). Zu Benin brachte der Bericht das Thema ritueller Kindstötung sogenannter »Hexenkinder« zur Sprache. Gemeinsam mit einem Vertreter der FranziskanerInnen vor Ort in Benin machte sich FI bei verschiedenen ständigen Vertretungen zu diesem Thema im Vorfeld des UPR stark. Als Folge davon brachte eine beachtliche Anzahl an Mitgliedsstaaten das Thema ritueller Kindstötung so genannter »Hexenkinder« sowie die Empfehlungen von FI zur Sprache, sodass die Regierung Benins gedrängt wurde, entsprechende Massnahmen zu ergreifen.



Francesca Restifo in Benin

JANUAR

Regionale Arbeitstagung zu den Rechten indigener Völker, Bangkok (Thailand)

Mittelamerikatreffen in Honduras

01

Lobbying beim UN-Sicherheitsrat in New York zum Thema Kindersoldaten in Uganda

UPR-Zwischenbericht zur Überprüfung in afrikanischen Ländern

Seit 2011 ist FI an einem Folgeprogramm beteiligt, das durch »UPR Info« gestartet wurde, einer in Genf ansässigen NGO, die den UPR-Prozess vorantreibt und überwacht. FI leistet einen wesentlichen Beitrag zu diesem Programm, das die Einreichung der Zwischenberichte koordiniert, die wiederum die Umsetzung der UPR-Empfehlungen beurteilt. Im Jahr 2012 steuerte FI Zwischenberichte zu folgenden Staaten bei: Republik Tschad, Demokratische Republik Kongo, Elfenbeinküste sowie die Republik Kongo. Die Berichte analysierten den Status der Umsetzung der Empfehlungen, den diese Länder im ersten Turnus der UPR erhalten hatten.

Bericht über die Rechte der Frauen in Togo (CEDAW)

FI und nationale Partner erstellten einen Bericht, der die Situation der Frauenrechte in Togo dokumentiert. Der Bericht wurde dem UN-Fachausschuss für die Beseitigung jeder Diskriminierung von Frauen (CEDAW) zu seiner 53. Sitzung unterbreitet, die in Genf im Oktober 2012 stattfand. Der Bericht warf ein Schlaglicht auf Probleme im Zusammenhang mit Frauen- und Mädchenhandel und betonte die Notwendigkeit für die Regierung, konkrete Maßnahmen zur Beseitigung dieses Missbrauchs zu ergreifen.

Fokus: Kamerun

FI lenkte die Aufmerksamkeit des Sonderberichterstatters (SR) für Menschenhandel und der internationalen Gemeinschaft auf das weitverbreitete Vorkommen des Menschenhandels von Neugeborenen und Babys in Kamerun. FI äußerte ihre Bedenken durch eine mündliche Stellungnahme, vorgebracht auf der 20. Sitzung des UN-Menschenrechtsrates (HRC), indem FI Fälle von Baby-Entführungen zum Zweck illegaler Adoption offen angeprangerte und die Regierung dazu drängte, Untersuchungen einzuleiten und die Verantwortlichen zu bestrafen. Die Stellungnahme von FI provozierte eine Reaktion der Regierung Kameruns, die beteuerte, dass sich dieses Problem auf Einzelfälle beschränke, und stellte gleichzeitig die Maßnahmen heraus, die im Hinblick auf Menschenhandel bereits ergriffen worden seien. Bei einem anderen Thema arbeiteten FI und FranziskanerInnen in Kamerun mit einem SR für das Recht auf Nahrung während seines Besuches in dessen Zuständigkeitsbereich Kamerun zusammen. Die FranziskanerInnen hatten Gelegenheit, den UN-Experten zu treffen, sich mit ihm über Anliegen und Herausforderungen auszutauschen, die im Hinblick auf die effektive Verwirklichung des Rechts auf Nahrung in ihrem Land bestehen, und auch Empfehlungen vorzulegen, die vom SR abzuwägen waren. Diese »Advocacy«-Maßnahme war ein voller Erfolg und etliche der vorgebrachten Anliegen fanden im Einsatzbericht der SR zu Kamerun ihren Niederschlag.

Beteiligung an Spezialmaßnahmen

Im Jahr 2012 schloss sich FI mit FranziskanerInnen zusammen, die auf Landesebene tätig sind, um gemeinsam mit UN-Experten an diversen Problemen in Afrika zu arbeiten. Für Kamerun kollaborierte FI mit einem Sonderberichterstatter (SR) zum Thema »Menschenhandel«, um derartige Praktiken anzuprangern, sowie mit dem SR zum Thema »Recht auf Nahrung« rund um dessen Landeseinsatz. Zudem arbeitete FI mit dem SR für Vertriebene während seiner Mission in der Elfenbeinküste. Diese Kooperationen halfen, jene UN-Experten für Umstände zu sensibilisieren, die für ihr jeweiliges Mandat relevant sind, und steigerten die franziskanische Kompetenz bei der Beteiligung an »Advocacy«-Aktivitäten auf lokaler und nationaler Ebene.

FEBRUAR

Lobbying-Publikation über grüne Ökonomie, Wasser, Agrarökologie und Menschenrechte für die Rio+20-Verhandlungen

Seminar: Menschenrechtsverletzungen nach dem Bürgerkrieg in Sri Lanka

02

Beteiligung am weltweiten Start der Deklaration Globaler Prinzipien für Unparteiische Wahlbeobachtung und -überwachung durch Bürgerorganisationen bei den UN, New York



Zusätzliche »Advocacy«-Aktivitäten beim Menschenrechtsrat (HRC)

Zum Thema Menschenhandel erarbeitete FI eine schriftliche Stellungnahme zur Demokratischen Republik Kongo sowie eine mündliche zu Kamerun, wobei ein spezieller Fokus auf der Entführung von Babys und Kindern lag. Abgegeben wurden diese Erklärungen während der 20. Sitzung des HRC (im Juni 2012) in Verbindung mit der Veröffentlichung des Berichts des SR für Menschenhandel, insbesondere Frauen- und Kinderhandel. Sie prangerten die Situation des Menschenhandels in beiden Ländern an und appellierten an beide Regierungen, sofort zu handeln, um die Situation nachhaltig zu verbessern.



der Franziskanischen Familie und verschiedener Partner aus Ruanda, Togo, der Republik Kongo, Burundi, der Demokratischen Republik Kongo, dem Senegal, Burkina Faso, Kamerun, der Elfenbeinküste, Madagaskar und Tschad nahmen an der Fortbildung in Genf teil.

Dieser Fortbildungslehrgang, der vom 5. bis 9. März 2012 zusammen mit der 19. Sitzung des Menschenrechtsrats stattfand, thematisierte die Menschenrechtsmechanismen der UN mit besonderem Schwerpunkt auf den UPR. Das Seminar war für FranziskanerInnen und andere Partner konzipiert, die bereits Erfahrung in der Verteidigung von Menschenrechten gesammelt hatten und vom internationalen System der Menschenrechte bei ihrer Arbeit an der Basis Gebrauch machen können. Es zielte darauf ab, das Verständnis der TeilnehmerInnen für das Menschenrechtssystem der UN zu vertiefen und sie in verschiedene »Advocacy«-Aktivitäten auf internationaler Ebene einzubeziehen. Im Besonderen ging es um die Verbesserung ihrer Fähigkeiten, Berichte und dringende Appelle zu entwerfen, Folgeaktivitäten im eigenen Land durchzuführen sowie Berichte an FI über die Entwicklung ihrer Arbeit zu verfassen. FI lud Experten von anderen NGOs und vom Büro des Hohen Kommissars der Vereinten Nationen für Menschenrechte (OHCHR) ein, um mit den TeilnehmerInnen zu diskutieren, um etwas über ihre Erfahrungen mit Mitarbeitern der UN auf nationaler Ebene zu erfahren und um nützliche Kontakte für länderspezifische »Advocacy«-Aktivitäten zu knüpfen.

Seminar zu »Advocacy« für Menschenrechte

In den letzten drei Jahren führte FI für FranziskanerInnen und Partner aus verschiedenen Regionen der Welt Fortbildungslehrgänge durch, die das Thema »Advocacy« für Menschenrechte behandelten. Im Jahr 2012 veranstaltete FI diesen Arbeitskreis erstmalig auf Französisch, um TeilnehmerInnen aus dem französischsprachigen Afrika aufnehmen zu können. Dieser Workshop bedeutete die Fortführung einer langfristigen Strategie in West- und Zentralafrika, die darauf abzielt, Menschenrechtsverletzungen mit Hilfe von internationalen Mechanismen anmahnen zu können. Zuvor waren bereits verschiedene »Advocacy«-Aktivitäten und örtliche Seminare zum Thema Menschenrechtsmechanismen der UN durchgeführt worden. Elf RepräsentantInnen



MÄRZ

Nebenveranstaltung zur Bekämpfung der Straflosigkeit in den Philippinen bei den UN, Genf

Internationale Beratungsgespräche zu West Papua

03

Seminar für Fortgeschrittene zum Thema »Advocacy« für Menschenrechte in französischsprachigen Ländern Afrikas, Genf

Gespräche am runden Tisch zum Menschenrecht auf Wasser auf der Rio+20-Konferenz, New York

Amerika

Im Jahr 2012 wurden im Programm für Amerika vom Büro in New York aus etliche umfassende länderspezifische »Advocacy«-Strategien verwirklicht, als Antwort auf dringliche Anliegen zu Menschenrechtsfragen, die vom franziskanischen Netzwerk und lokalen Partnern vorgebracht worden waren. Es war ein wichtiges Jahr im Hinblick auf die Stärkung des franziskanischen Netzwerkes in der Region, das mit Hilfe von FI enger mit den UN zusammenarbeiten soll.

Beteiligung an den UPR zu Brasilien, Peru und Kolumbien

Als Vorbereitung für das UPR zu Brasilien im Jahr 2012 entwickelte FI ein Lobbying-Papier, das jene Anliegen herausstellte, die mit den Aufgaben der FranziskanerInnen in Brasilien zusammenhängen: Nämlich ihre Situation als Verteidiger der Menschenrechte, insbesondere derjenigen FranziskanerInnen, die an Problemen arbeiten, die mit Landrechten, mit der Urbevölkerung und mit Menschenrechtsverletzungen zu tun haben, die besonders weibliche Insassen in Bundes- und Staatsgefängnissen erleiden müssen. Diese Probleme wurden zudem in einer schriftlichen Stellungnahme von FI für das UPR detailliert beschrieben, was letztlich dazu führte, dass sie auch in den Fragen und Empfehlungen für Brasilien im Juni 2012 hervorgehoben wurden.

Im Anschluss an ein Seminar im Jahre 2011 in Peru arbeitete FI mit einer peruanischen NGO (Zentrum für ethnische Entwicklung) daran, zum Thema der Diskriminierung von Afro-Peruanern im Bereich der Bildung und beim Recht auf angemessenen Lebensstandard Nachforschungen anzustellen und diese in einem UPR-Bericht zu dokumentieren. FI beaufsichtigte das UPR zu Peru im November 2012 und stellte fest, dass die Be-

denken, die in unserem gemeinsamen Bericht erhoben worden waren, Eingang in verschiedene offizielle Empfehlungen der prüfenden Staaten gefunden hatten.

Zur Vorbereitung auf Kolumbiens Prüfung im April 2013 reichte FI im Oktober 2012 einen gemeinsamen Bericht zur dortigen Menschenrechtssituation ein. Jener Bericht entstand in Kooperation mit der nationalen JPIC-Kommission der Franziskanischen Familie, einer lokalen Franziskanischen NGO und einer Bauernbewegung. Unsere »Advocacy«-Aktivitäten richteten sich vor allem auf folgende Themen: die Opfer des »gewaltsamen Verschwindenlassens«, die Situation der Verteidiger der Menschenrechte sowie die negativen Auswirkungen des Bergbauwesens auf Gemeinschaften von Minderheiten und auf die Umwelt. Der Bericht beinhaltete auch eine gemeinsame franziskanische Stellungnahme zu laufenden Friedensverhandlungen mit den Guerrillas, mitsamt Empfehlungen zur Erreichung eines bedeutsamen, andauernden und gerechten Friedens.

Fokus: Bergbau in Peru

FI ist mit den Sisters of Mercy und Vivat International eine Partnerschaft eingegangen, um religiöse lokale NGOs in Cajamarca (Peru) zu unterstützen. Dort bedrohen Ausbaupläne der Conga-Minen die Rechte der lokalen Bevölkerung und die Umwelt. FI unterstützte die Gruppen mit technischer Hilfe beim Thema Menschenrechte und machte in einem schriftlichen Bericht sowie bei einer direkten Begegnung mit dem UN-Sonderberichterstatter für Menschenrechtsverteidiger auf diese Anliegen aufmerksam.

APRIL

Seminar der franziskanischen Jugend zur Schaffung von Frieden, Kampala (Uganda)

UPR-»Advocacy« zum Thema »Menschenrechte in Brasilien, Indien, Indonesien und auf den Philippinen«

04

Lateinamerikanisches Forum zur Rio+20- Konferenz, Rosario (Argentinien)





Straßenkinder

Einsatz alternativer UN-Menschenrechtsmechanismen

FI führte eine Reihe von Befragungen durch, um die Expertisen von FranziskanerInnen und anderen religiösen Organisationen in Jamaica zu erfassen und zu dokumentieren. Und zwar zur Expertise bezüglich der Hürden, die bislang verhindern, dass das Recht von Kindern auf höchstmögliche Gesundheitsstandards zu voller Anwendung kommt. Im Oktober präsentierte FI dem Büro des Hohen Kommissars der Vereinten Nationen für Menschenrechte (OHCHR) die gemeinschaftliche Analyse inklusive geeigneter Empfehlungen, um in dessen anstehendem Bericht zu diesem Thema Berücksichtigung zu finden.

Kapazitätsaufbau und Netzwerkausbau

Um unsere Arbeit in dieser Region weiter auszubauen, beteiligte sich FI an einigen wichtigen Regionalveranstaltungen. Im Januar begleitete FI die Minoriten (Konventualen) auf ein Treffen der Amerikakommission in Tegucigalpa (Honduras) zum Thema »Nord-Süd-Partnerschaften« und präsentierte die Arbeit von FI mit den wichtigsten Kontaktpersonen in Mittelamerika, da diese Region 2013 Priorität besitzt. Während der ersten Zusammenkunft der Franziskanischen Familie Lateinamerikas in Bogotá (Kolumbien) im Juni leitete FI auch drei Ausbildungs-, Reflexions- und Planungstage. Am Treffen beteiligten sich die Führungsriege sowie JPIC-VertreterInnen der Franziskanischen Familie Kolumbiens, Argentiniens, Boliviens, Perus, Brasiliens, Ekuadors, Paraguays und Mittelamerikas. Dies war eine wichtige Gelegenheit, um die Verpflichtung zur FI-Mission weiter zu bekräftigen, die darin besteht, die franziskanische Expertise in allen Teilen Amerikas bei den UN einzubringen. FI leitete mehrere Sitzungen zu den Themen »UN«, »Menschenrechte«, »Umweltgerechtigkeit« sowie zur »Katholischen Soziallehre«, die mit der Erstellung von Aktionsplänen für 2013 für die vertretenen Länder und Regionen abgeschlossen werden konnten.

Im August arbeitete FI gemeinsam mit der interfranziskanischen Kommission für Gerechtigkeit und Frieden in Kolumbien an der Organisation einer nationalen Arbeitstagung als Vorbereitung des UPR zu Kolumbien. Fünfzehn FranziskanerInnen und Partner aus dem ganzen Land nahmen an der Veranstaltung teil. Bei dieser Gelegenheit führten wir eine umfassende UPR-Strategie ein, deren Ergebnis in einem schriftlichen Bericht, inspirierenden Arbeitsmaterialien sowie Aktionsplänen für 2013 bestand.



MAI

Regionale Seminare in Ostafrika zum Thema
»Wasser und Sanitärversorgung«, Nairobi (Kenia)

05



20

Asien und Pazifik

Mit einer engen Kooperation der beiden Büros in Bangkok und Genf diente FI als effektives Bindeglied bei der immer stärker wachsenden Zusammenarbeit zwischen FranziskanerInnen, die in zahlreichen Ländern des asiatisch-pazifischen Raumes an der Basis arbeiten, und Verantwortlichen für die UN-Menschenrechtsmechanismen. FI reichte drei UPR-Berichte für diese Region im Jahr 2012 ein und konzentriert sich auch weiterhin intensiv auf die Weiterverfolgung der UPR-Strategie. In 2012 erweiterte und verstärkte FI sein Netzwerk franziskanischer Partner im Asien-Pazifik-Raum mit Hilfe verschiedener Seminare, sodass das bereits solide Fundament für eine weiterführende Zusammenarbeit noch weiter gefestigt werden konnte.

Beteiligung an den UPR zu Sri Lanka, Pakistan, Japan und Indien

FI reichte Berichte für die UPR zu Sri Lanka, Pakistan und Japan ein. In Ergänzung zu diesen Berichten bemühte sich FI das ganze Jahr über, auf VertreterInnen diplomatischer Missionen in Genf Einfluss zu nehmen, um sie über die Menschenrechtsangelegenheiten der FranziskanerInnen, die an der Basis arbeiten, zu informieren. FranziskanerInnen und Partner aus Indien, Sri Lanka und Pakistan kamen nach Genf, um die Überprüfung ihrer jeweiligen Länder zu verfolgen, um an Nebenveranstaltungen beim Menschenrechtsrat teilzunehmen und um an Lobbying-Initiativen von FI mitzuwirken.

Fokus: West Papua

FI beteiligte sich an vielfältigen Aktivitäten, die Menschenrechtsprobleme thematisierten, von denen die Bevölkerung von West Papua (Indonesien) betroffen ist. Im März 2012 gab FI Stellungnahmen zur weitverbreiteten Anwendung von Folter durch das indonesische Militär ab. In diesen Stellungnahmen wurde nicht nur über Fälle von Folter berichtet, die von FIs Partnern vor Ort dokumentiert worden waren, sondern darüber hinaus wurden auch Empfehlungen für politische Reformen vorgeschlagen, um derartige illegale Praktiken zu verhindern. FI organisierte in Zusammenarbeit mit verschiedenen NGO-Partnern auch eine Nebenveranstaltung auf der 19. Sitzung des Menschenrechtsrates, auf der es um die Umsetzung von UPR-Empfehlungen in Indonesien unter besonderer Berücksichtigung der Rechtsstaatlichkeit als Mittel zum Schutze der Menschenrechte ging. Im November lud FI einen Menschenrechtsverteidiger aus West Papua nach Genf ein, um es ihm zu ermöglichen, mit Vertretern der Delegationen von Mitgliedsstaaten und anderer NGOs am runden Tisch über die aktuelle Menschenrechtssituation zu diskutieren und um effektive Strategien für die weitere Zusammenarbeit bei der Thematisierung von Menschenrechtsverletzungen in West Papua auf internationaler Ebene zu entwickeln.



Regionaler Workshop zum Thema »Indigene Völker in Bangkok, Thailand«

JUNI

Rio+20-Konferenz mit zwei Nebenveranstaltungen zum Thema »ökologische Landwirtschaft«, Rio de Janeiro (Brasilien)

Nebenveranstaltung: Menschenrecht als Leitbild bei der strafrechtlichen Verfolgung von Menschenhandel bei den UN, Genf



06

Seminar für LeiterInnen der lateinamerikanischen Franziskanerfamilie, Bogotá (Kolumbien)

Vortrag zu UPR vor Studenten des Faches »Internationale Beziehungen« an der Thammasat Universität, Bangkok (Thailand)

Seminare

Im Januar 2012 organisierte FI in Bangkok (Thailand) ein Seminar auf regionaler Ebene zum Thema der Rechte indigener Völker im asiatisch-pazifischen Raum. Daran beteiligten sich VertreterInnen aus Indien, Pakistan, Thailand, Indonesien, Myanmar, den Philippinen, Indonesien, Osttimor, Papua-Neuguinea und Australien. Als Vorbereitung für die Einreichung des UPR zu Sri Lanka hielt FI eine Arbeitstagung ab, um sich mit FranziskanerInnen vor Ort darüber zu beraten, auf welche Weise kritische Menschenrechtsprobleme Eingang in den UPR-Bericht finden sollten. Im Oktober 2012 veranstaltete FI verschiedene Seminare in Indonesien sowie drei Arbeitstagungen in Indien, die als ein Baustein des indischen UPR-Folgeprogramms angelegt waren, um die Umsetzung der letzten UPR-Empfehlungen überprüfen zu können.



Regionaler Workshop zum Thema Indigene Völker in Bangkok, Thailand

Internationale Zusammenarbeit

Im März berief FI in Genf eine Versammlung des Steuerungskomitees des »Glaubensbasierten Netzwerks Papuas« ein und führte internationale Beratungsgespräche mit NGOs und anderen InteressenvertreterInnen zur Menschenrechtssituation in Papua durch. FI nahm im Februar 2012 an einem Treffen der »pakistanischen NGO-Unterstützungsgruppe« in Den Haag (Niederlande) teil. Diese Plattform von NGOs aus Europa, Nordamerika und Pakistan arbeitet gemeinsam mit und zur Unterstützung von Menschenrechtsorganisationen in Pakistan. FI beteiligte sich zudem an einer breiten Koalition von internationalen NGOs, die sich für die Menschenrechte in Sri Lanka einsetzen.

Beteiligung an Spezialmaßnahmen der UN

Im Verlaufe des Jahres 2012 erließ FI zwei dringende Appelle zu Problemen, die im asiatisch-pazifischen Raum auftauchten: Einmal an den SR für außergerichtliche, standrechtliche und willkürliche Hinrichtungen im Zusammenhang mit der Ermordung eines Politikers aus West Papua; zudem an den SR für indigene Völker wegen eines australischen Gerichtsentscheides, der die Menschenrechtsverteidiger der Ureinwohner betraf. FI unterzeichnete zudem ein gemeinsames Schreiben an den Kongress der Vereinigten Staaten, das die unmittelbare Einstellung des Verkaufs von Militärhelikoptern an Indonesien fordert, damit ihr Einsatz gegen die Zivilbevölkerung Papuas verhindert werden kann, die Zielscheibe anhaltender indonesischer Militäraktionen ist.

JULI



07

Vortrag zu UPR vor Studenten des Faches »Internationale Beziehungen« an der Thammasat Universität, Bangkok (Thailand)

20

Europa

Beteiligung an UPR

Im Jahr 2012 reichte FI Berichte zu Frankreich, Deutschland, Rumänien und dem Vereinigten Königreich ein. Der Bericht zu Frankreich beinhaltete einige kritische Menschenrechtsprobleme, u. a. die Behandlung von Senioren, Menschenhandel, religiöse Freiheit in Gefängnissen sowie den Umgang des Staates mit dem »Fahrenden Volk« (gens du voyage). Zu Rumänien wurde ebenso eine ganze Reihe von Menschenrechtsangelegenheiten angemahnt, darunter das Recht auf angemessenen Lebensstandard, das Recht auf Gesundheit, die Rechte von HIV-infizierten bzw. AIDS-kranken Menschen, die Rechte von Menschen mit Behinderungen, das Recht auf Bildung sowie Menschenhandel. Menschenhandel und Prostitution waren die Schwerpunktthemen des Reports zu Deutschland. Und schließlich stellte der Bericht zum Vereinigten Königreich heraus, dass erzwungene Armut als wohlüberlegtes Instrument der Staatstätigkeit im Umgang mit Asylsuchenden eingesetzt wird.



Beratungsgespräche auf nationaler Ebene in Rumänien

Im August nahm FI am jährlich stattfindenden nationalen Treffen der inter-franziskanischen Kommission Rumäniens teil, an dem sich ungefähr neunzig Ordensleute und Laien der Franziskanischen Familie Rumäniens beteiligten. FI war eingeladen worden, ihre Aktivitäten und Projekte für 2013 vorzustellen, und Möglichkeiten auszuloten, wie in einer systematischeren Weise eine Zusammenarbeit mit den rumänischen FranziskanerInnen angegangen werden könnte. Diese Zusammenkunft gab FI Gelegenheit, direkt von FranziskanerInnen vor Ort von den entscheidenden Herausforderungen in Sachen Menschenrechte zu erfahren, mit denen sie in ihrer Arbeit konfrontiert sind. Menschenhandel als Folge extremer Armut, Jugendarbeitslosigkeit sowie eine hohe Rate der Abwanderung, hauptsächlich Richtung Westeuropa, wurden als die wichtigsten Anliegen der TeilnehmerInnen hervorgehoben. Als ebenso verbreitete Probleme von nationaler Tragweite wurden das Fehlen geeigneter Bildungsprogramme sowie der Mangel an Unterstützung von Kindern benachteiligter Familien identifiziert.

AUGUST

UPR-»Advocacy« zum Thema »Menschenrechte in Sri Lanka, Sambia, Peru, Benin, Pakistan und Japan«

Lehrgang zu »Advocacy« für Menschenrechte in Rumänien



Umweltgerechtigkeit

Rio+20: Nachhaltige Entwicklung und Menschenrechte

Im Jahre 2012 wurde »Umweltgerechtigkeit« zum Schwerpunktthema für »Advocacy«-Aktivitäten des New Yorker Büros und des Amerika-Programmes erhoben. FI betrieb rund um die Rio+20-Konferenz der UN zum Thema »nachhaltige Entwicklung« eine ehrgeizige »Advocacy«-Strategie: FI beaufsichtigte die zwischenstaatlichen Vorverhandlungen im Januar, März, April und Mai in New York. Ferner erarbeitete FI ein Lobbying-Dokument mit einem Hauptkommentar und schlug Nachbesserungen am Verhandlungstext vor, indem sie den Akzent auf das Konzept grüner Ökonomie, die Wichtigkeit des Wasserschutzes als Menschenrecht und die Notwendigkeit von nachhaltigen Landwirtschaftsprojekten setzte. Dieses Dokument sowie die Lobbying-Aktivitäten erwiesen sich als außerordentlich erfolgreich, der von FI vorgeschlagene Text fand sogar Eingang in den offiziellen Verhandlungsentwurf, wodurch die Anliegen der an der Basis arbeitenden FranziskanerInnen in den Vordergrund gerückt wurden. Während der Verhandlungen bei den UN im März organisierte FI für NGOs Gespräche am runden Tisch, an denen mehr als hundert Interessierte teilnahmen, um Strategien zur Förderung und zum Schutz des Menschenrechts auf Wasser im Rio+20-Prozess zu entwickeln. Auch im Vorfeld der Konferenz wurde FI als internationale Expertin zum Lateinamerikanischen Regionalforum zur Vorbereitung von Rio+20 nach Rosario (Argentinien) eingeladen und zeigte dort auf, wie sich die Zivilgesellschaft in Rio+20-Prozesse einbringen kann.



Die brasilianische Präsidentin Dilma Rousseff

Im Juni schlossen sich VertreterInnen von FI etwa 60 franziskanischen Ordens- und KongregationsrepräsentantInnen aus aller Welt an, um an der Konferenz der UN über nachhaltige Entwicklung (Rio+20) und an der Parallelveranstaltung Gipfel der Völker (Peoples' Summit) in Rio de Janeiro (Brasilien) teilzunehmen. Während der UN-Konferenz organisierte FI zwei offizielle Nebenveranstaltungen zum Thema »nachhaltige Landwirtschaft«. In der Folge dieser Aktivitäten gab FI gemeinsam mit dem franziskanischen Zentrum für Studien und Regionalentwicklung in Argentinien eine Analyse der Ergebnisse zu Rio+20 heraus, die sich dem Themenbereich nachhaltiger Landwirtschaft widmet und dabei zukunftsweisende Vorschläge für die Zivilgesellschaft macht. Dieses Papier wurde auf der achten Regionalkonferenz für Umweltfragen in Rosario vorgestellt und wird im akademischen Fachblatt »Revista Energiea« (Magazin für Energie) der katholischen Pontifikatsuniversität Argentiniens veröffentlicht.



SEPTEMBER

Veröffentlichung des Handbuchs zu CFS
»Moderne Sklaverei in Indien: Fälle von Schuldknechtschaft«

09

Seminar für Fortgeschrittene zum Thema
»Wasser und Sanitärversorgung«, Genf





Wasser und Sanitärversorgung

Unter Berücksichtigung des Beschlusses der UN-Generalversammlung vom Juli 2010, den Zugang zu Wasser und Sanitärversorgung als Menschenrecht anzuerkennen, initiierte FI ein langfristiges Programm, um dabei zu helfen, das Recht auf Wasser und Sanitärversorgung auch de facto zu realisieren, indem sie »Advocacy«-Strategien auf allen Ebenen entwickelte. In diesem Kontext veröffentlichte FI im Jahr 2011 den Leitfaden »Das Recht auf Wasser und Sanitärversorgung«. Daran anknüpfend implementierte FI im Jahr 2012 ein regionalspezifisches »Advocacy«-Projekt für acht englischsprachige Länder Afrikas. Ziel war die Verbesserung der »Advocacy« zum Recht auf Wasser und Sanitärversorgung durch die Anwendung des FI-Leitfadens als Kernstück für Weiterbildungsseminare zu diesem Thema.

FranziskanerInnen aus Kenia, Uganda, Tansania, Sambia, Malawi, Simbabwe und Südafrika nahmen an zwei Weiterbildungsveranstaltungen in Nairobi und Genf teil: Die erste zielte darauf ab, den Interessierten eine eher nationale bzw. regionale »Advocacy«-Perspektive für das Recht auf Wasser zu verschaffen, die zweite eine internationale. In beiden Seminaren hatten die TeilnehmerInnen und andere InteressenvertreterInnen (Partner-NGOs, Experten, Gastreferenten und UN-RepräsentantInnen) Gelegenheit, den Status quo des Rechts auf Wasser und Sanitärversorgung mit lokalen Gemeinschaften zu diskutieren, Sorgenfälle zu identifizieren und mögliche Lösungen zu prüfen. Hauptprobleme, die in den Arbeitsgruppen zur Sprache gebracht wurden, waren der verwehrte Zugang zu sauberem Trinkwasser, Kinderkrankheiten als Folge von verunreinigtem Wasser, Mangel an einer angemessenen Infrastruktur, Führungs- und Managementprobleme, das Fehlen eines partizipatorischen Ansatzes bei Prozessen der Entscheidungsfindung, die Diskriminierung von Frauen und die mangelhafte Unterweisung in Hygienethemen.

OKTOBER

12

Einreichung der UPR zu Burkina Faso, Kamerun, Kolumbien und Deutschland

Seminar zum Thema »UPR, Brüssel (Belgien)«

10

Einreichung des Berichtes zu Frauenrechten in Togo (CEDAW)

UPR-Folgeveranstaltung zu CFS, IP und umherziehenden Hausdienern in Indien





Offener Abwasserkanal im Mukuru Slum, Nairobi, Kenia

Zusätzlich sollten die Seminare die religiösen Führer lokaler Gemeinschaften dazu bringen, Wasserprobleme als Ursachen und Folgen extremer Armut anzumahnen. Auch sie waren der Meinung, dass die Leistungsfähigkeit der lokalen Gemeinschaft durchaus steigerbar sei und von jener Kompetenz letztlich ihre Zukunft abhängt. In vielen der besprochenen Fälle wünschte man sich eine stärkere Beteiligung der Gemeinschaften an den Prozessen der Entscheidungsfindung, insbesondere im Hinblick auf die Partizipation von Frauen. In vielen Teilen Afrikas ist es nämlich üblich, dass Frauen die tägliche Verantwortung für die Versorgung der Familien mit sauberem Wasser übernehmen, aber paradoxerweise vom Management von Wassersystemen ausgeschlossen werden. Die Arbeitsgruppen betonten die Notwendigkeit, Frauen zu bevollmächtigen, für Wasserrechte auf lokaler Ebene einzutreten.

FI setzte sich bei der UN mit der Absicht ein, auf die internationale Agenda Einfluss zu nehmen, um die Konsequenzen des fehlenden Zugangs zu sauberem Wasser anzumahnen. FI organisierte eine internationale öffentliche Debatte zum Thema »Bekämpfung von Armut und Stigmatisierung durch Anmahnung der Problematik im Bereich Wasser und Sanitärversorgung«. Während der 21. Sitzung des Menschenrechtsrates gab FI eine Stellungnahme ab, in der die Verweigerung des Rechtes auf Wasser in Kenia, Tansania, Sambia, Äthiopien, Uganda und Simbabwe angeprangert wurde und die Regierungen gedrängt wurden, dieses Problem anzugehen. Darüber hinaus war FI aktiv dabei, die allgemeine Aufmerksamkeit auf die negativen Folgen des Klimawandels zu lenken, die Armut verschlimmern und nachteilige Auswirkungen vor allem auf schutzbedürftige Gruppen haben.

NOVEMBER



Dringender Appell zur Situation der MenschenrechtsverteidigerInnen in Peru

11

Seminar zu den Rechten der IP im eigenen Land und zum UPR, Jakarta (Indonesien)

Moderne Formen der Sklaverei (CFS)

Im Jahr 2012 lag der geographische Schwerpunkt des FI-Programms »Moderne Formen der Sklaverei« (CFS) in der Asien-Pazifik-Region. Eingehende Beratungsgespräche mit FranziskanerInnen in Indien und umfangreiche Untersuchungen durch das FI-Advocacy-Team gipfelten in der Publikation »Moderne Sklaverei in Indien: Fälle von Schuldknechtschaft«. Diese Studie untersucht Probleme im Zusammenhang mit Kinderarbeit, Prostitution, Menschenhandel und Zwangs- sowie Schuldknechtsarbeit in Industrie und Landwirtschaft und dient damit als umfassende Einführung zum Verständnis der Geißel der CFS. Die Veröffentlichung wurde durch das franziskanische Netzwerk, die FI-Website und auf Nebenveranstaltungen beim Menschenrechtsrat in weiten Umlauf gebracht. Im Verlaufe des Jahres 2012 organisierte FI etliche Nebenveranstaltungen beim Menschenrechtsrat zu den Themen »Kinderehe«, »Schuldknechtschaft« und »Menschenhandel« und sprach diese Probleme in zahlreichen UPR-Berichten an, u. a. zu Pakistan, Deutschland, Rumänien, Indien und Kamerun.



Im Oktober und November veranstaltete FI in Indien zwei Seminare, die inhaltlich auf Schuldknechtschaft, Menschenhandel und die Situation von Hausdienern ausgerichtet waren. Zu den TeilnehmerInnen gehörten lokal eingebundene FranziskanerInnen, die an genau diesen Themen in ihren jeweiligen Gemeinschaften arbeiten, sowie VertreterInnen anderer zivilgesellschaftlicher Organisationen, einschließlich der Internationalen Organisation gegen die Sklaverei und der Globalen Allianz gegen Frauenhandel. Diese Seminare stärkten das lokale Netzwerk der Akteure in diesen Problemfeldern, ermöglichten es, engere Kontakte für die künftige Zusammenarbeit zu knüpfen, und führten schließlich zu einem Aktionsplan, der die Koordination einer Sammlung von Fallstudien vorsieht, die in nationaler und internationaler »Advocacy« in 2013 Anwendung finden soll. FI wird weiterhin daran arbeiten, Menschenrechtsverletzungen anzugehen, die im Zusammenhang mit CFS stehen, indem FI ihr Netzwerk aktiver und engagierter Partner stärkt, das sich vor Ort für Gerechtigkeit einsetzt.

DEZEMBER

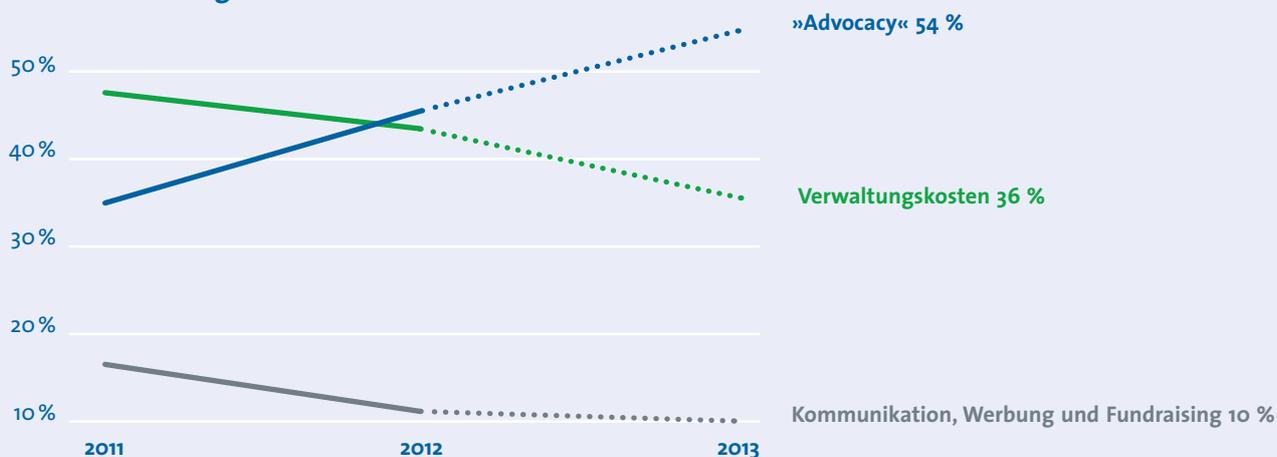


Im Jahr 2012 intensivierte FI die Bemühungen, ihre finanzielle Stabilität zu festigen. Trotz einiger finanzieller Herausforderungen konnte FI das Jahr mit einer ausgeglichenen Bilanz beenden. Dies ist vor allem dem Vertrauen unserer großzügigen Spender zu verdanken.

Eine der größten Herausforderungen, der sich FI gegenüber sah, war die fehlende Vorhersagbarkeit von Einnahmen, was die Planung von Aktivitäten natürlich erschwerte. Denn nur wenn mit Einnahmen kontinuierlich gerechnet werden kann, lässt sich auch Konsistenz bei FIs »Advocacy«-Einsätzen gewährleisten. Daher machte FI damit weiter, sogenannte »Drei-Jahres-Zusicherungen« von franziskanischen Kongregationen und Orden einzuholen. Diese Strategie half FI zweifellos dabei, im Vergleich mit dem Vorjahr den Eingang von Zuwendungen sicherer abzuschätzen. Im Jahr 2013 will FI die Sicherheit der Einnahmen mit Hilfe einer langfristigen Fundraising-Strategie und einer Ausweitung der Einnahmequellen weiter erhöhen. FI wird auch neue Wege erkunden (öffentliche Institutionen, private Spender und Stiftungen), um die finanzielle Unterstützung und Nachhaltigkeit zu verbessern.

Schließlich gelang es FI, die Verwaltungskosten zu minimieren und sicherzustellen, dass die Einnahmen in erster Linie unserem Hauptziel zugute kommen konnten: nämlich der Förderung eines positiven Wandels durch »Advocacy« bei der UN.

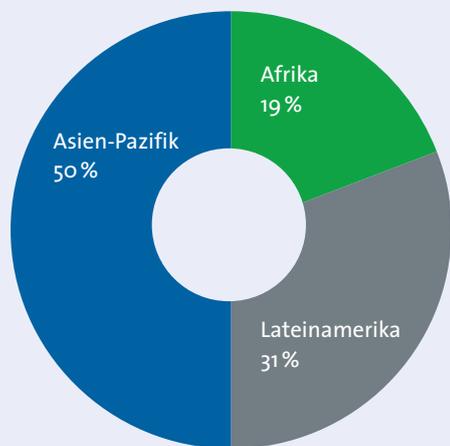
Trends auf Ausgabenseite



Bilanz 2012

	CHF	Prozent
Einnahmen		
Franziskanische Orden und Kongregationen	827,837.43	55 %
Fördermittel und Stiftungsgelder	602,113.96	40 %
Sonstige Spenden	67,128.26	5 %
Einnahmen gesamt	1,497,079.65	
Ausgaben		
»Advocacy«	-675,278.15	46 %
Kommunikation, Werbung und Fundraising	-155,294.19	10 %
Verwaltungskosten	-647,902.40	44 %
Betriebsausgaben gesamt	-1,478,474.74	
Betriebsfremde Erträge und Aufwendungen		
Zinsen und Bankgebühren	-7,056.92	
Zinsertrag	488.44	
Wechselkursverluste gesamt	-12,940.30	
	-19,508.78	

Zuweisung von Projektmitteln nach Regionen



MITARBEITERSTAB 2013



Markus Heinze OFM, Management (Genf)



Francesca Restifo, Internationales Management für Advocacy (Genf)



Amanda Lyons, Advocacy (New York)



Budi Tjahjono, Advocacy (Genf)



Sanjay V. Gathia, Advocacy (Bangkok)



Cécile Trochu-Grasso, Projektmanagement (Genf)



Lourdes Briones, Finanzen (Genf)

DANKE

Auch würden wir gerne unseren KollegInnen danken, die uns im Jahr 2012 verlassen haben. Wir möchten hiermit unsere tiefste Dankbarkeit für ihren Beitrag zur Erreichung der Ergebnisse dieses Berichtes zum Ausdruck bringen.

Akronyme und Abkürzungen

CEDAW	Committee on the Elimination of Discrimination against Women UN-Fachausschuss für die Beseitigung jeder Diskriminierung von Frauen
CESCR	Committee on Social, Economic and Cultural Rights UN-Fachausschuss für wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte
CFS	Contemporary Forms of Slavery Moderne Formen der Sklaverei
DRC	Democratic Republic of Congo Demokratische Republik Kongo
EU	European Union Europäische Union
FI	Franciscans International Franciscans International
HRC	Human Rights Council Menschenrechtsrat
IP	Indigenous peoples Indigene Völker
JPIC	Justice, Peace, and Integrity of Creation Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung
NGO	Non-governmental organization Nichtregierungsorganisation
OHCHR	Office of the High Commissioner for Human Rights Büro des Hohen Kommissars der Vereinten Nationen für Menschenrechte
SR	Special Rapporteur Sonderberichterstatter
UN	United Nations Vereinte Nationen
UNICEF	United Nations Children's Fund Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen
UPR	Universal Periodic Review (of the UN Human Rights Council) Universelles Periodisches Überprüfungsverfahren (des UN-Menschenrechtsrates)

Adressen

Franciscans International: 37–39 rue de Vermont, P.O. Box 104, CH-1211 Geneva 20, Switzerland, T +41 22 779 40 10, F +41 22 779 40 12, geneva@fiop.org

Franciscans International in New York: 211 East 43rd St, #1803, New York, NY 10017, USA, T +1 917 675 1075, newyork@fiop.org

Franciscans International in Bangkok: Soi Thong Lor 25, Sukhumvit 55 Road, Bangkok 10110, Thailand, T +66 2712 79 76, F +66 2712 79 74, bangkok@fiop.org

Impressum

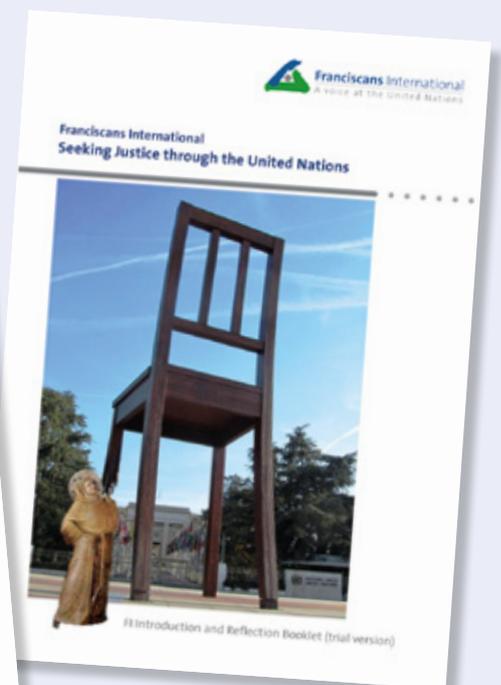
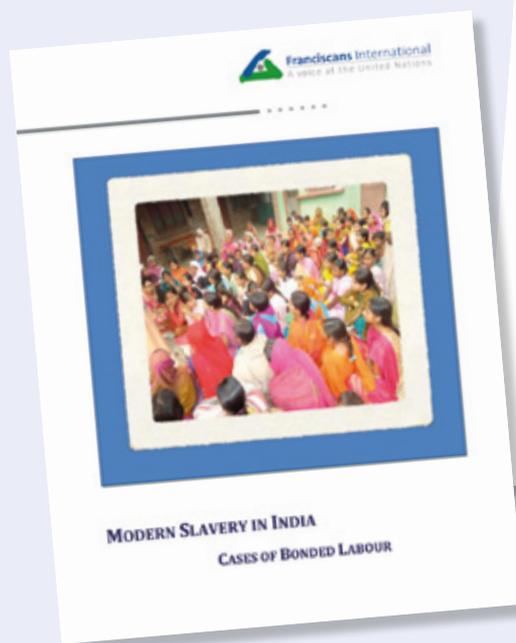
Franciscans International: 37–39 rue de Vermont, P.O. Box 104, CH-1211 Geneva 20, Switzerland, T +41 22 779 40 10, F +41 22 779 40 12, geneva@fiop.org

Design: meinhardt Verlag und Agentur, Magdeburgstraße 11, 65510 Idstein, Germany, T +49 6126 953 63-0, F +49 6126 953 63-11, info@meinhardt.info

Bilder: picture-alliance / dpa: Titel, S.16 / 17; Pedro Bigeriego/Fotolia.com: S.2; Tuer Geist: S.4; 7thlord: S.15; andere Bilder von den UN, FI oder Meinhardt Archiv

Danksagung an alle SpenderInnen

Die Arbeit von Franciscans International hängt vollständig von der Unterstützung der franziskanischen Orden und Kongregationen, einigen kirchlichen Hilfswerken sowie von vielen Menschen ab, die durch Franziskus inspiriert sind. FI möchte hiermit den franziskanischen Ordensgemeinschaften und Kongregationen sowie den vielen einzelnen Spenderinnen und Spendern seinen aufrichtigen Dank aussprechen. Bedanken möchten wir uns auch herzlich bei den nachfolgend aufgeführten Hilfswerken und Stiftungen für ihre großzügige Unterstützung im Jahr 2012: Adoff (Niederlande); Adveniat (Deutschland); Allegany Franciscan Ministries, Inc. (USA); Stadt Genf (Schweiz); Cordaid (Niederlande); Fastenopfer (Schweiz); Franciscan Foundation (USA); Mensen met een Missie (Niederlande); Misereor (Deutschland); MISSIO (Germany); Missionszentrale der Franziskaner (Deutschland); Rosemary Khoo Foundation (Singapur); Social Justice Fund (USA); The Union That Nothing Be Lost (USA); Trócaire (Irland); Wheaton Franciscans Sisters Corporation (USA).



Im Jahr 2012 produzierte FI zwei Publikationen:

- *»Moderne Sklaverei in Indien«: Fälle von Schuldknechtschaft*
- *»Streben nach Gerechtigkeit mit Hilfe der Vereinten Nationen«: FI Werbebroschüre*